

XIX. GP-NR
Nr. 14791.J - 14941.J
1995 -06- 23

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Praxmarer

und Kollegcn

an den Bundeskanzler *)

betreffend Artikel 8 B-VG

Gemäß Artikel 8 B-VG ist die deutsche Sprache, unbeschadet der den sprachlichen Minderheiten bundesgesetzlich eingeräumten Rechte, die Staatssprache der Republik.

Gemäß Artikel 18 B-VG darf weiters die gesamte staatliche Verwaltung nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden.

In behördlichen Schriftstücken wird zunehmend eine andere Sprache verwendet. Beispielhaft seien in diesem Zusammenhang Begriffe wie "BotschafterInnen, KandidatInnen, KollegInnen" u.a. erwähnt.

Es ist nicht feststellbar, um welche Sprache es sich dabei handelt. Mutmaßungen gehen in die Richtung von "linkisch" bis "kryptokommunistisch".

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

ANFRAGE:

- 1) Wird in Ihrem Ressort diese seltsame Ausdrucksweise verwendet?
- 2) Wenn ja, auf welcher verfassungsgesetzlichen bzw. einfachgesetzlichen Grundlage?
- 3) Wenn es keine verfassungsgesetzliche bzw. einfachgesetzliche Grundlage gibt, sind Sie bereit, eine solche Praxis sofort abzustellen?
- 4) Welche Gründe stehen gegebenenfalls einer Schreibweise, z.B. Botschafterinnen und Botschafter, Kandidatinnen und Kandidaten, bzw. Kolleginnen und Kollegen etc. in Ihrem Ressort entgegen?

Wien, den 23. Juni 1995

spc104\bgvdeuts.txt

*) erging auch an alle anderen Mitglieder der Bundesregierung
Von der Vervielfältigung und Verteilung dieser - inhaltlich identischen - Anfragen wurde im Sinne des § 23 Abs. 2 GO-NR Abstand genommen.